

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
16. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
24.03.2011

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 24.03.2011

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2011
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
- 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 01.07.2010 aus öffentlicher Sitzung
- 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.07.2010 aus öffentlicher Sitzung
- 2.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 02.08.2010 aus öffentlicher Sitzung
5. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011
6. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011
7. Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)
3. Benefizkonzert mit dem Heeresmusikkorps 300 (Koblenz)
4. Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 17.08.2010, "Frelenberg IV, Restabbau"
hier Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
8. Erweiterungen zur Tagesordnung
9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

10. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 10.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 01.07.2010

aus nichtöffentlicher Sitzung

- 10.2** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.07.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 10.3** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 02.08.2010 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 11.** Erweiterungen zur Tagesordnung
- 12.** Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 12.1** Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 (vertraulich)

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Abwesende

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Jörg Ulrich	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtamtmann Björn Beeck

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die zahlreichen Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Er wies darauf hin, dass der erste Teil der Sitzung zwar öffentlich sei, das Rederecht jedoch nur den Ratsmitgliedern zustehe. Er bat daher die Zuschauer, ebenso von Wortmeldungen, wie von anderen Meinungsbekundungen abzusehen.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, die große Anzahl der Zuschauer sei insbesondere wegen der Tagesordnungspunkte, die den Haushalt betreffen, hier. Er schlage daher vor, die Tagesordnungspunkte 5 "Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011", 6 „Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011“ und 7 „Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)“ vorzuziehen und nach TOP 2 zu behandeln. Er stellte jedoch klar, dass trotz des Vorschlages alle Zuschauer auch zur Teilnahme an allen übrigen öffentlichen Tagesordnungspunkten herzlich willkommen seien.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 5 "Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011", 6 „Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011“ und 7 „Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)“ werden vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2011

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 10.02.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung

2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 01.07.2010 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 01.07.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.07.2010 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.07.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.3 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 02.08.2010 aus öffentlicher Sitzung

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 02.08.2010 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

5. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2011

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe bereits in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beantragt, den Stellenplan zu ändern und wolle dies hier noch einmal wiederholen: Streichung der A 15-Stelle für den höheren Dienst, die keinen kw-Vermerk hat und dafür Beibehaltung der A 14-Stelle. Er wolle in diesem Zusammenhang auf die Richtlinien für das HSK hinweisen, in dem ein Einstellungs- und Beförderungsstopp enthalten sei. Eine weitere Begründung hierzu werde er in seiner Haushaltsrede geben.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem vorliegenden Stellenplan zustimmen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die UWG-Fraktion werde dem vorliegenden Stellenplan ebenfalls zustimmen.

Stadtverordneter **Dr. Tuchtenhagen** erklärte, dass auch er dem vorliegenden Stellenplan zustimmen werde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, die von Stadtverordnetem Weißborn genannte Richtlinie sehe nicht vor keine Beförderungen und Einstellun-

gen vorzunehmen, sondern grundsätzlich keine. Dies sei ein feiner Unterschied. Jeder Einzelfall werde auf Wirtschaftlichkeit geprüft. Die A15er Stelle zu streichen verstoße gegen geltendes Recht. Der Stellenplan habe sich an der tatsächlichen Begebenheit zu orientieren.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, die Fraktion Bündnis90/Die Grünen werde den vorliegenden Stellenplan ablehnen. Damals habe man diskutiert, den technischen Beigeordneten einzusparen, nun sehe sie aber keine Einsparung mehr.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass der Stellenplan insgesamt um mehr als 8 Stellen reduziert worden sei.

Beschluss:

1. Die A 15-Stelle für den höheren Dienst, die keinen kw-Vermerk hat, wird gestrichen.
2. Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2011 wird zugestimmt (der Stellenplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

zu 1:

11 Ja-Stimmen

17 Nein-Stimmen

zu 2:

17 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen

6. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2011

Bürgermeister Jungnitsch bat die Fraktionsvorsitzenden und Parteienvertreter um ihre Wortbeiträge zum Haushaltsentwurf 2011.

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wie schon in der HuFa-Sitzung am 17.03.11 angekündigt, werden wir, die CDU-Fraktion, dem Haushalt 2011 zustimmen, ohne Änderungsvorschläge zu machen.

Dies ist der zweite Haushalt, der uns mit einem Haushaltssicherungskonzept zur Entscheidung vorgelegt wird.

Das Haushaltssicherungskonzept 2010 war nicht genehmigungsfähig.

Dies droht uns auch für das Haushaltssicherungskonzept 2011.

Die noch nicht vorliegenden Abschlüsse für die Jahre 2009 und 2010 könn-

ten, wenn sie günstiger als geplant ausfallen, zu einer nachträglichen Genehmigung des HSK führen und dadurch eine Überschuldung abgewendet werden.

Dies wird aber nach Auskunft der Verwaltung noch einige Monate dauern. Bis zu diesem Zeitpunkt werden wir uns weiter im Zustande des „Nothaus-halt“ befinden.

Dies bedeutet weiterhin, dass jede neue Investition ab 60 Euro durch Einzelantrag der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden muss und vorgesehene Kreditaufnahmen untersagt sind.

Dieses „Erbe“, das uns von der bisherigen Mehrheit von Rot/Grün hinterlassen wurde, würde man im privaten Bereich einfach nicht annehmen. Wir, die neue bürgerliche Mehrheit von CDU/UWG und FDP stellen uns aber der Verantwortung die uns der Wähler übertragen hat und versuchen, die städtischen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen.

Hierzu haben wir auf der Einnahmeseite Verbesserungen in Höhe von vsl. 1,2 Mill. Euro für 2011 und für den Planungszeitraum bis 2014 in Höhe von vsl. 5,2 Mill. Euro, durch Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie durch Aufwandsreduzierungen und Ertragserhöhungen erreicht.

Das Volumen der Investitionskredite wurde in 2010 und 2011 um 2,5 Mill. Euro von 48,9 auf 46,3 Mill. Euro vermindert.

Die Personalaufwendungen konnten um ca. 240.000 Euro für 2011 und für den Planungszeitraum bis 2014 um ca. 1,5 Mill. Euro reduziert werden. Weitere Einsparungen sind in diesem Bereich aus den Änderungen der Aufbau- und Ablauforganisation in der Verwaltung zu erwarten, die in 2011 umgesetzt werden.

Lassen sie mich zu den Schulen in unserer Stadt kommen.

Wie in der vergangenen Woche haben wir heute viele Eltern und Schulkinder als Zuschauer, die sich Sorgen machen, ob in Zukunft ein vernünftiger Schulbetrieb aufrecht erhalten werden kann, obwohl die Stadt sich in dieser dramatischen finanziellen Situation befindet.

Hierzu möchte ich folgende Ausführungen machen:

Die Stadt Übach-Palenberg bekommt für 2011 eine Schulpauschale in Höhe von 817.240 Euro und sonstige Zuweisungen (insb. für den Ganztagsunterricht) in Höhe von 341.340 Euro.

Diese Einnahmen sind nur ein Bruchteil der Ausgaben für 2011.

Einige Ausgaben möchte ich hier nennen:

1. Personalkosten	601.000 Euro
2. Schulbudgets investiv	159.278 Euro
3. Schulbudgets nicht investiv	389.000 Euro
4. Sonstige Aufwendungen	394.000 Euro
5. Instandsetzung an Schulen	550.000 Euro
6. Allg. Unterhaltung an Schulen	295.200 Euro
7. Betriebskosten für Schulen	847.296 Euro
8. Schülerfahrtkosten	603.403 Euro

9. Aufwendungen für das Schulschwimmen 336.015 Euro

Ein Wort zu den hohen Schülerfahrtkosten in Höhe von 603.403 Euro.

An den Schulen der Stadt werden 3.442 Schüler unterrichtet.
Von diesen sind **609** Schüler Einpendler, das sind 18 %.
Für einen großen Teil dieser Einpendler muss die Stadt Übach-Palenberg auch die Fahrtkosten übernehmen.

Den größten Anteil der Einpendler hat die Gesamtschule mit 38 %, gefolgt vom Gymnasium mit 21 %, Hauptschule 16%, Realschule 11%, Comeniusschule 6% und Grundschulen 2%.
Hier sollten Überlegungen angestellt werden, wie man die Zahl der Einpendler verringern könnte, die uns finanziell belasten.

Bei den investiven Ansätzen für Lehr- und Unterrichtsmittel **wurden die Kürzungen zurückgenommen** und die Ansätze lediglich an den sinkenden Schülerzahlen angepasst.

Die nicht verausgabten Mittel aus dem Jahre 2010 wurden in diesem Bereich erneut eingesetzt.

Bei Ausgaben in diesem Bereich, ab einen Betrag von 60 Euro, bedarf es weiterhin der Antragstellung mit Begründung der Notwendigkeit und Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde, bis das Haushaltssicherungskonzept genehmigt wird.

Bei den nichtinvestiven Maßnahmen für die Schulen werden jährlich 550.000 Euro und für den Planungszeitraum bis 2014 2,2 Mill. Euro bereitgestellt.
Diese Mittel sind für folgende Maßnahmen an den Schulen vorgesehen:

1. Erneuerung der Fenster und Gebäudeisolierung am Gymn.
2. Instandsetzung der GGS Boscheln(Altbau)
3. Instandhaltung Turnhalle Barbarastr.
4. Brandschutz Schulzentrum
5. Instandsetzung NW-Räume Schulzentrum
6. Instandsetzung SPHallen Schulzentrum
7. Dacherneuerung Gymnasium
8. Instandsetzung Toiletten GGS Frelenberg
9. Instandsetzung Toiletten Schulzentrum
10. Instandsetzung Toiletten Gymnasium
11. Umbau Kellerraum Gymnasium
12. Waschtischanlagen Schulzentrum
13. Heizung Schule Marienberg
14. Instandsetzung Pavillon Comeniusschule
15. Instandsetzung Pavillon GGS Palenberg
16. Prüfung der Öltanks auf Dichtigkeit

Die Durchführung dieser Sanierungsmaßnahmen wird in der Reihenfolge der Dringlichkeit erfolgen, die der Schulträger in Absprache mit den Schulen festlegt.

Im Planungszeitraum bis 2014 könnten auch andere Maßnahmen, aufgrund

neuer Erkenntnisse, eingesetzt werden.

Weiterhin ist im Haushalt für 2011 ein Ansatz in Höhe von 295.200 Euro für die allg. Unterhaltung an Schulen vorhanden.

Für Unterhaltung und Instandsetzung sind also insgesamt 845.200 Euro vorgesehen.

Das sind 300.000 Euro mehr, als im Durchschnitt der letzten 9 Jahre.

Von einer Kürzung kann hier also nicht gesprochen werden.

Da diese Ausgaben in voller Höhe den Ergebnishaushalt beeinflussen, sind uns deshalb bei den Ansätzen enge Grenzen gesetzt.

Eine Erhöhung dieser Ansätze, wie von der SPD/Bündnis 90 Grüne gefordert, würde eine erhoffte Genehmigung des HSK zunichte machen und für eine Vermeidung der Überschuldung bis 2014 schädlich sein.

Ich komme zu den Änderungsanträgen von SPD/Bündnis 90/Grüne.

Zu der Instandhaltungspauschale habe ich bereits Stellung genommen.

Der Streichung des Ansatzes für die Öffnung der Aachener Str. werden wir nicht zustimmen, da wir diese Maßnahme für dringend erforderlich halten, um das Geschäftszentrum in Palenberg wieder zu beleben.

Die Geschäftsschließungen haben dort dramatisch zugenommen.

Hier ist handeln angesagt.

Der Streichung des Parkdeckes in Übach werden wir ebenfalls nicht zustimmen, da sich nach der Fertigstellung des Seniorenheimes am Rathausplatz die Parkplatzsituation weiter verschlechtern wird.

Die Einzelhändler und Wirtschaftsbetriebe rund um den Rathausplatz brauchen Parkplätze für ihre Kundschaft und auf den Wochenmarkt soll dort auch nicht verzichtet werden.

Desweiteren erhalten wir eine Beteiligung in Höhe von 100.000 Euro für diese Maßnahme.

Bei der Kürzung der Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder durch Reduzierung der Ausschüsse frage ich mich, wie sie auf die Einsparung von 10.000 Euro pro Jahr kommen.

Bei den Ratsmitgliedern können sie durch diese Maßnahme nichts einsparen.

Lediglich bei den sachkundigen Bürgern/sachkundigen Einwohnern könnten Einsparungen bei den Sitzungsgeldern entstehen.

Bei der Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse werden wir im Laufe des Jahres auf diese Angelegenheit zurückkommen.

Bei den Ansätzen für die Wirtschaftswege sind Ansätze erforderlich um die laufende Unterhaltung zu ermöglichen.

Über die in 2014 angesetzten Beträge für den Neuausbau von Wirtschaftswegen könnte man bei der Aufstellung der folgenden Haushalte nochmals diskutieren.

Die Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Bushaltestelle in Marien-

berg fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt, wäre also eine freiwillige Leistung und damit nicht genehmigungsfähig. Hier sollten weiterhin Verhandlungen mit der zuständigen Kreisverkehrsgesellschaft geführt werden.

Die Vorhaltung der A 15-Stelle für den höheren Dienst im Stellenplan halten wir im Rahmen der Umorganisation der Verwaltung für erforderlich, einer Streichung können wir deshalb nicht zustimmen.

Ich komme zu den rentierlichen Investitionsmaßnahmen, die in der Dringlichkeitsliste für 2011 im Bereich A, Kategorie I eingestuft sind. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Kanalbaumaßnahmen und Ausgaben für das Bestattungswesen.

Hierfür sind 894.000 Euro für 2011 und bis 2014 insgesamt 3,3 Mill. Euro vorgesehen. Diese Ausgaben werden über Kredite finanziert, die in die Gebührenhaushalte einfließen.

Die teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen sind in der Dringlichkeitsliste im Bereich B, Kategorie II –VI eingestuft. Dies bedeutet, dass hier im Einzelfall die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich ist.

Hierzu gehören auch die Lehr- und Unterrichtsmittel für die Schulen.

Diese Ausgaben werden u.a. durch die Schulpauschale, Feuerschutzpauschale, Sportpauschale, allg. Investitionspauschale und Veräußerungserlöse finanziert.

Wir werden diesen Maßnahmen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, zustimmen.

Zum Schluss möchte ich noch einige positive Ereignisse ansprechen und hervorheben.

- Die Schokoladenfabrik hat den Betrieb aufgenommen und soll noch in diesem Jahr erweitert werden.
- Das Dach der Grundschule in Übach wurde erneuert.
- Der Sportplatz am Bucksberg wurde fertiggestellt.
- Der neue Bahnhof wurde eingeweiht.
- Der Kreisverkehr an der Feuerwehr Übach wurde freigegeben.
- Die Ehrenamtskarte wurde eingeführt.
- Wir haben 75 Jahre Übach-Palenberg gefeiert,
- 20 Jahre Partnerschaft mit Rosny-sous Bois,
- 10 Jahre Partnerschaft mit Landgraaf.
- Schnelles DSL kommt nach Boscheln.
- Neubaugebiet St. Rochus in Boscheln
- Die Abwasserrechnung wurde optimiert.
- Anlage Muslimischer Friedhof.

- Anlage Schießanlage Schützen Marienberg.

Sie sehen, es gibt trotz der finanziellen Notlage auch einige erfreuliche Dinge.

Meine Damen und Herren,
die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2011 zu!
Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit."

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus:

„Sicher ist, dass nichts sicher ist.“ Sie wundern sich sicher meine Damen und Herren, dass ich heute mit diesem Satz von Joachim Ringelnatz beginne. Aber dieser Satz macht deutlich, dass niemand glauben soll, dass das, was heute noch gilt, auch morgen gelten muss.

Bevor ich mich in die Niederungen unserer Finanzmisere begeben, möchte die heutige Gelegenheit nutzen, hier und in aller Öffentlichkeit, mein tiefes Mitgefühl für die Menschen in Japan zum Ausdruck zu bringen. Angesichts einer solchen Katastrophe wird ganz schnell deutlich, dass unsere Probleme, über die wir heute zu sprechen haben, fast unbedeutend sind, im Vergleich zu den Problemen und zu dem Leid, das die Menschen dort zurzeit erfahren.

Dennoch sind diese „unbedeutenden“ Dinge zumindest z. Zt. für die Menschen in unserer Stadt von großer Bedeutung. Deshalb sollten wir uns auch mit allem Ernst und mit aller Vernunft damit auseinandersetzen, aber eben auch eine gewisse Gelassenheit an den Tag legen.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Übach-Palenberg,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

„Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen.“ Mit dieser Weisheit des griechischen Philosophen Aristoteles möchte ich deutlich machen, dass wir es nicht in der Hand haben, die strukturellen Probleme der Kommunen zu lösen. Wohl aber sollten wir in dieser schwierigen Zeit zumindest dafür sorgen, dass unser Schiff nicht im Nothaushaltssturm an den Klippen von Kommunalaufsicht und eigenen Fehlentscheidungen zerbricht.

Ein gutes Beispiel dafür sind unsere Schulen. So viele Zuhörer wie heute, hatten wir in einer Ratssitzung schon lange nicht mehr. Und Sie, meine Damen und Herren, Sie liebe Schülerinnen und Schüler, sind heute gekommen, um zu erleben, wie der Stadtrat mit der Frage der Lehr- und Unterrichtsmittel umgeht oder welche Entscheidungen er bezüglich notwendiger Instandhaltungen an Schulen trifft.

Allein die ursprünglich angedachten Kürzungen bei den Lehr- und Unterrichtsmitteln haben zu einem berechtigten Protest von Lehrern, Eltern und Schülern geführt. In einer, so bis jetzt noch nicht erlebten Aktion, haben Sie

dafür gesorgt, dass der Bürgermeister und die Mehrheitskoalition aus CDU, UWG und FDP bis heute eine 180-Grad-Wende vollzogen haben und ihre eigenen Kürzungsvorschläge mittlerweile wieder zurückgezogen wurden. Wir haben jede Woche einen neuen Vorschlag gehört, es gab Änderungsanträge zu Änderungsanträgen und Ihre Aussagen in dieser Angelegenheit Herr Bürgermeister, hatten bis zur Elternversammlung im PZ gerade mal eine Halbwertzeit von wenigen Wochen. **Nicht eine davon war verlässlich.** Glücklicherweise sind Sie und Ihre Koalition in Sachen Lehr- und Unterrichtsmittel heute wieder auf dem Stand angekommen, den wir schon immer hatten. Hätten Sie sich damals unseren Vorstellungen schon angeschlossen, dann hätten Sie sich viel Aufregung ersparen können.

Trotzdem finde ich es gut, dass Sie, wenn auch spät, mittlerweile zur Einsicht gekommen sind, die Lehr- und Unterrichtsmittel nicht anzutasten. **Darin zumindest sind wir einer Meinung.**

Aber wenn wir über unsere Schulen reden, dann darf es nicht nur um Lehr- und Unterrichtsmittel gehen, sondern auch darum, erforderliche Renovierungen durchzuführen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates: Ich darf Sie daran erinnern: Wir hatten dazu im Jahr 2009 bereits eine Entscheidung getroffen. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde damals einstimmig beschlossen, ein Instandhaltungsprogramm auf den Weg zu bringen. **Jährlich sollten zusätzlich 300.000 € in die Schulen fließen.** Diese Mittel sollten ausdrücklich nicht für Brandschutz und energetische Maßnahmen eingesetzt werden. Das nämlich halten wir für Pflichtaufgaben.

Nein, dieses Geld sollte in Renovierungsmaßnahmen fließen, **die in enger Absprache mit den Schulen durchgeführt werden sollten.** Damals waren noch alle in diesem Rat der Meinung, dass dieses Geld auch nötig ist. Aber bereits ein Jahr später wurde auf Antrag der CDU-Fraktion dieser Ansatz um 100.000 Euro gekürzt, heute finden wir ihn gar nicht mehr vor.

Die im Haushalt enthaltenen 550.000 Euro haben nichts mit der Pauschale zu tun. Dabei geht es zum größten Teil um Brandschutz und energetische Maßnahmen. Diese Dinge waren auch im Haushalt 2010 schon enthalten.

Deshalb haben wir beantragt, diese Mittel wieder einzuplanen. Die Vergabe dieser Mittel soll in enger Absprache mit den Schulen entschieden werden.

An einem Beispiel möchte ich aber einfach mal deutlich machen, wie Sie, Herr Bürgermeister, mit notwendigen Instandhaltungsvorhaben umgehen.

Bei den Planungen für die Erneuerung der naturwissenschaftlichen Räume im Schulzentrum wurde noch bis zum Jahre 2010 ein Investitionsbedarf von rund 740.000 Euro ermittelt. **In dem nun vorgelegten Haushalt finden wir aber nur noch 250.000 Euro vor.** Auf meine Frage, wie man denn plötzlich mit einem Drittel der Summe auskommen wolle, erhielt ich bis heute **keine** zufriedenstellende Antwort. Das macht zwar auf der einen Seite die Not des Kämmerers deutlich, auf der anderen Seite aber auch, dass hier planlos und unorganisiert vorgegangen wird. Wenn man eine solche Summe einsetzt,

dann darf man doch zu Recht erwarten, dass diese Summe seriös berechnet wurde. Ich stelle zu meinem Bedauern aber fest, dass dies nicht der Fall ist und dieser Ansatz damit lediglich einem Placeboeffekt gleichkommt.

Von den Mitteln, die mal angesetzt waren für die Renovierung von Toilettenanlagen, will ich an dieser Stelle erst gar nicht reden. **Die sind alle dem Rotstift zum Opfer gefallen, bzw. bis auf ein unerträgliches Maß gekürzt worden.**

Vor Kurzem habe ich ein interessantes Sparmodell gesehen. Auf den Fluren eines Gebäudes war jede zweite Glühbirne herausgedreht. **Ein Bild mit großer Symbolkraft.** Die Schulen kochen aber schon auf Sparflamme. Wer hier noch mehr sparen will, dreht auch die restlichen Lampen heraus.

Und wenn wir schon über Schulen sprechen, dann muss auch erwähnt werden, dass es im Jahre 2010 einen Ansatz von 10.000 Euro für die Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Bushaltestelle in Marienberg an der Schulstraße gab. Diesen Ansatz finden wir heute nicht wieder, wir halten ihn allerdings für dringend notwendig. Die Kinder aus Marienberg stehen morgens an der Bushaltestelle und finden keinen Schutz vor Wind und Wetter. Meine Damen und Herren, **lassen sie die Kinder dort nicht im Regen stehen.** Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass diese Unterstellmöglichkeit so schnell wie möglich geschaffen werden kann.

Es ist der mittlerweile kein Geheimnis mehr, dass unsere Finanzsituation eher bescheiden ist. Da dies aber so ist und wir mit vorhandenen Mitteln auskommen müssen, gilt es heute die richtigen Prioritäten zu setzen.

So kann doch nicht sein, dass wir viele 100.000 Euro in den Bau eines Parkdeck in Übach und in eine fragwürdige Öffnung der Aachener Straße stecken sollen, aber gleichzeitig auf notwendige Renovierungen von Toiletten an Schulen verzichten. **Das** meine Damen und Herren **ist höchst unvernünftig.** Ich habe es jetzt mehrfach gesagt: Wir müssen die Prioritäten zugunsten der Schulen setzen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf das Thema „Öffnung der Aachener Straße“ eingehen. Ich will jetzt gar nicht mehr darüber lamentieren, ob eine Öffnung sinnvoll ist oder nicht. Wenn die Mehrheit hier im Hause entscheidet, dass dies sinnvoll ist, dann habe ich das zu akzeptieren, auch wenn ich vollkommen anderer Meinung bin. Das ist Ihr gutes Recht, zumal sie es im letzten Wahlkampf versprochen haben und es die einzige Aussage in ihrer Koalitionsvereinbarung ist.

Insofern kann ich aus Ihrer Sicht sogar verstehen, dass sie daran festhalten wollen. Aber ganz unabhängig von der Frage der Sinnhaftigkeit dieser Angelegenheit müssen wir zurzeit doch ganz anders an diese Sache herangehen. Wir müssen uns doch fragen, können wir uns zurzeit eine solche Maßnahme leisten und ist sie für unsere Stadt von besonderer Bedeutung?

Beide Fragen kann ich mit einem eindeutigen Nein beantworten. Hinzu kommt, dass wir als Stadt in diesem Fall gar nichts zu sagen haben.

Da es sich um eine Landstraße handelt, sind wir auf die Zustimmung des Landesbetriebes angewiesen. Das Land selber hat bisher aber keine Not-

wendigkeit zum Umbau dieser Straße erkannt. Deswegen wird es logischerweise auch keine Kosten dafür übernehmen. Diese Maßnahme könnte man also auch unter das Motto stellen, „just for fun“ oder „nice to have“.

Wenn ich dann noch bedenke, dass auch in diesem Fall Fantasiazahlen in den Haushalt eingestellt wurden, fange ich ernsthaft an, an der Seriosität dieses Haushaltes zu zweifeln. Bisher wurde der Kreisverkehr nämlich immer mit 300.000 Euro berechnet, im Haushalt stehen heute nur 200.000 Euro zur Verfügung, und wenn ich allein bedenke, dass der Kreisverkehr an der Friedrich-Ebert-Straße mit 425.000 Euro zu Buche geschlagen hat, frage ich mich ernsthaft, **ob wir hier verkohlt werden sollen.**

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich gesagt, dass ich ganz gespannt bin, ob Sie, Herr Bürgermeister, bei ihrer Auffassung bezüglich der Aachener Straße bleiben. Mit Ihrem damaligen Haushaltsentwurf haben Sie eine Öffnung der Aachener Straße jedenfalls **nicht als vordringlich** betrachtet. An dieser Stelle komme ich nicht umhin, Ihre Rolle in dieser Angelegenheit zu hinterfragen. Wie schon bei den Lehr- und Unterrichtsmitteln hatte es auch hier ein **unwürdiges rumgeeiere** Ihrerseits gegeben.

Zuerst sollte die Aachener Straße bereits 2011 umgebaut werden, kurze Zeit später haben sie den Vorschlag gemacht sie nach 2013 zu schieben, dann hat Ihre Arbeitsgruppen „Sparen“ vorgeschlagen die Aachener Straße ganz rauszunehmen und jetzt haben sie sich von der Koalition wieder breitschlagen lassen die Aachener Straße doch für das Jahr 2011 aufzunehmen. Da muss ich mich doch fragen Herr Bürgermeister, sind sie jetzt ein Bürgermeister, der auch einen eigenen Standpunkt vertritt, oder diktiert ihnen die Koalition aus CDU und UWG die Dinge, die sie mit dem Haushalt einzubringen haben? Am Beispiel der Aachener Straße jedenfalls kann ich nicht erkennen, dass sie Ihre einst vernünftige Position beibehalten haben.

Sie haben sich ihrer Partei unterworfen und vernünftige Vorschläge aus ihrer Verwaltung verworfen.

Darüber sollten Sie mal nachdenken.

Wo ich einmal beim Thema Vernunft bin:

Niemand würde mir widersprechen, wenn ich von uns Ratsmitgliedern einfordern würde, das bei all unseren Entscheidungen das Wohl unserer Stadt, vor dem Wohl unserer Partei zu stehen hat.

Es würde mir auch niemand widersprechen, wenn ich sage, dass wir unsere Entscheidungen sorgfältig abzuwägen haben und nicht fahrlässig handeln dürfen.

Die sollte eigentlich selbstverständlich sein und deshalb frage ich mich, was den Bürgermeister und seine CDU geritten haben muss, als sie im Januar hier im Rat eine Resolution gegen das Gemeinde-Finanzierungs-Gesetz durchsetzen wollten. **Wenn diese Resolution im Land Nordrhein-Westfalen erfolgreich wäre, dann würden wir Übach-Palenberger mehr als 1.000.000 Euro an Schlüsselzuweisungen verlieren.** Nur für 2011, die Folgejahre, die sich dann ähnlich berechnen würden, noch gar nicht einbezogen.

Für den Finanzstatus unserer Stadt wäre dies eine Katastrophe.

Zu einem Zeitpunkt, an dem bei Schulen gespart werden soll und Steuern und Gebühren drastisch erhöht werden, ist dies mehr als nur grob fahrlässig.

In der entsprechenden Ratssitzung drängte sich der Eindruck auf, dass weder der Bürgermeister noch seine CDU sich über diesen Sachverhalt im Klaren waren.

Erst auf meine massive Intervention in dieser Angelegenheit erklärten sie sich bereit, Ihren eigenen Antrag nochmals zu überprüfen.

Hätten Sie das nicht vorher machen müssen?

Ihnen, Herr Bürgermeister, lag doch damals schon ein Schreiben des Innenministers vor, indem der betreffende Sachverhalt ausführlichst erläutert worden ist. Auch fand sich in diesem Schreiben ein Hinweis auf die Vergleichstabellen des Landes, in der für jede nordrhein-westfälische Kommune genau ausgerechnet worden ist, ob sie nach Änderung der Grunddaten Geld verliert oder Geld gewinnt. Für Übach-Palenberg war deutlich zu entnehmen, dass wir von der stärkeren Gewichtung des Soziallastenansatzes um mehr als 1.000.000 Euro profitieren werden.

Ich sage Ihnen ganz offen, wenn ich in Wegberg oder in Erkelenz Ratsmitglied wäre, dann hätte ich ihrer Resolution zugestimmt, da Wegberg und Erkelenz durch diese Änderungen erhebliche Einbußen hinzunehmen haben. Ich bin aber kein Ratsmitglied in Erkelenz sondern in Übach-Palenberg und deswegen muss ich mich hier auch zwingend gegen eine solche Resolution wenden, **egal welcher Partei ich angehöre.**

In der Privatwirtschaft hätte eine solch stümperhafte Vorgehensweise ernsthafte Konsequenzen für die Verantwortlichen zur Folge gehabt. Mit diesem Antrag haben sie sich kreisweit bis auf die Knochen blamiert. Jetzt bleibt nur noch die Frage offen, ob und wann sie die Größe haben, diesen Antrag endlich zurückzuziehen. Dass auch Sie meine Damen und Herren von der UWG-Fraktion sich nicht ausreichend informiert hatten, sei hier nur am Rande erwähnt.

Kommen wir zu unseren Änderungsanträgen zum Haushalt 2011.

1. Die Instandhaltungspauschale von 300.000 Euro jährlich für Renovierungsmaßnahmen an Schulen wird wieder eingesetzt.
2. Ersatzloses Streichen des Ansatzes für die Öffnung der Aachener Straße 200.000 €
3. Ersatzloses Streichen des Ansatzes für das Parkdeck in Übach 475.000 €
4. Kürzung des Ansatzes für die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder durch Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse auf ein dringend notwendiges Maß, Einspareffekt rd. 10.000 € / Jahr.“

Zwischenruf des Stadtverordneten **Gudduschat** an Stadtverordneten Weißborn gerichtet: „Wir können ja Ihren Ausschuss streichen.“

Darauf antwortete Stadtverordneter **Weißborn**: „Meinetwegen können wir auch meinen Ausschuss streichen.“

Stadtverordneter **Weißborn** vor mit seiner Haushaltsrede fort:

„Wir alle konnten im Laufe der letzten anderthalb Jahre feststellen, dass die Vielzahl der Ausschüsse nicht zu einer Verbesserung der Ratsarbeit geführt hat. Genau das Gegenteil war der Fall, viele Dinge haben wir bis zu **fünfmal auf der Tagesordnung** gehabt, ohne dass die Qualität der Entscheidung eine andere geworden wäre. Ausschusssitzungen sind darüber hinaus häufig ausgefallen, da es nichts zu beraten gab. Dann können wir die Anzahl der Ausschüsse doch gleich wieder reduzieren und auf diese Art und Weise 10.000 Euro pro Jahr einsparen. **Im ersten Jahr wäre damit schon die Unterstellmöglichkeit für die Marienberger Kinder an der Bushaltestelle finanziert.**

5. Erneuter Ansatz für die Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Bushaltestelle in Marienberg, Schulstraße in Höhe von 10.000 €
6. Streichung der Ansätze für den Ausbau von Wirtschaftswegen. Neumerberen 88.000 €, Birgder Hof 49.700 €, Ausbau von Wirtschaftswegen allgemein je Jahr 20.000 € /ges. 80.000 €. Mit diesem Antrag stellen wir nicht in Abrede, dass der ein oder andere Wirtschaftsweg ausgebaut oder erneuert werden müsste. Das sehen wir auch, aber wir haben im Moment dringendere Probleme zu lösen. Was den pauschalen Ansatz von 20.000 Euro pro Jahr angeht, so sind der Auffassung, dass dies von Fall zu Fall und nur an konkreten Fällen beschlossen werden soll.
7. Stellenplan: Streichung der A 15-Stelle für den höheren Dienst, die keinen kw-Vermerk hat. Dieser Stelle soll wie bisher eine A14er Stelle bleiben.
Diesen Punkt würde ich gerne etwas näher erläutern. Es handelt sich hierbei um eine Stelle, die sie ja eigentlich einsparen wollten. Jetzt wollen sie quasi durch die Hintertür diese Stelle wieder besetzen. Ich will Ihnen mal vorrechnen, was das für die Finanzen unserer Stadt bedeutet. Der Sprung von A14 nach A15 bedeutet brutto rund 7200 Euro im Jahr. Wenn der Stelleninhaber mit dieser Besoldungsstufe noch zwei Jahre im Dienst ist, wird diese Besoldungsstufe auch ruhegehaltstfähig. Das wiederum bedeutet, dass mit Eintritt in die Pension weitere 5200 Euro zusätzlich auf die Stadtkasse zukommen. **Bis ans Lebensende.** Hinzu kommen die Pensionsansprüche des bisherigen Beigeordneten, und wenn ich das alles zusammen addiere, dann bleibt von ihrer Sparbemühung nichts mehr übrig, **genau das Gegenteil ist der Fall.**

Dass sie dies bei der Kommunalaufsicht durchgesetzt haben, **obwohl die Richtlinien für HSK-Kommunen eigentlich einen Einstellungs- und Beförderungsstopp vorsehen**, zeugt von ihrer Überzeugungskraft. Das wiederum wirft aber die Frage auf, warum dies bei anderen Dingen oft so schwierig ist?

Sehr geehrter Bürgermeister,
meine Damen und Herren,
die SPD-Fraktion wird den Haushaltsentwurf 2011 ablehnen. Bei den, im lau-

fenden Jahr anstehenden Einzelbeschlüssen werden wir von Fall zu Fall entscheiden, ob wir sie mittragen können oder nicht. Mittragen werden wir auf alle Fälle die Investitionen in Schulen. Wir haben ja in der Vergangenheit bei einzelnen Beschlüssen auch immer deutlich gemacht, wofür wir stehen, das werden wir auch zukünftig so halten. Aber ein kommunaler Haushalt muss den politischen Willen des Rates dokumentieren und unseren dokumentiert er nicht, wenn er heute so beschlossen wird.

Auch der Grundsatz von Klarheit und Wahrheit eines Haushaltes wird aus unserer Sicht sträflich vernachlässigt, weil er Ansätze beinhaltet, die mit der Realität nicht im Entferntesten etwas zu tun haben.

Fast abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem neuen Kämmerer, Ihnen Herr Beeck, für Ihr neues Amt alles Gute zu wünschen. Sie sind in einer Zeit Kämmerer geworden, in der viele Kämmerer am Abgrund stehen und machen Sie jetzt bloß keinen Schritt in die falsche Richtung. Ich bin sicher, dass auch wir gut zusammenarbeiten werden. Bis jetzt jedenfalls kann ich mich nicht beklagen.

Mit der heutigen Haushaltsrede möchte ich mich aber auch bei jemandem bedanken. Bedanken möchte ich mich für die vielen Jahre der wirklich guten Zusammenarbeit und des gegenseitigen Respekts voreinander, für die Offenheit und Transparenz mit der er uns über all die Jahre positiv begleitet hat.

Sehr geehrter Herr Schmitz,
ich habe Ihre gesamte Amtszeit als Kämmerer erlebt und kann beurteilen, wie wichtig Ihnen Ihre Arbeit war. Ich wünsche Ihnen heute für Ihren bevorstehenden Ruhestand alles Gute, vor allen Dingen aber eine stabile Gesundheit.“

Stadtverordnete **Weibold** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr verehrte Ratskolleginnen,
sehr geehrte Ratskollegen,
liebe Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren.

Pleite ! Übach-Palenberg ist pleite!

Pleite bedeutet, unsere Ausgaben sind ständig höher als unsere Einnahmen, auch wenn es die Genossen von der SPD noch immer nicht kapiert haben.

Soviel in Richtung Rechenkünstler.

Dank des Neuen Kommunalen Finanzmanagements hilft keine mehr über Jahrzehnte praktizierte Verschleierungstaktik.

Unser Haushalt weist einen Fehlbetrag von 7.5 Millionen € auf.

Dem Gesamtbetrag der Erträge in Höhe von 46.5 Millionen € steht ein Gesamtbetrag der Aufwendungen von 54 Millionen € gegenüber.

Damit verstößt unsere Haushaltsführung gegen die Grundsätze des Kommunalen Haushalts, da die Summe der Erträge nicht die Summe der Aufwen-

dungen deckt.

Privatpersonen bzw. Privatbetriebe müssten Insolvenz anmelden.

Der schon lange über Übach-Palenberg schwebende Pleitegeier ist gelandet!

"In den beiden letzten Jahrzehnten wurden Investive Maßnahmen überwiegend durch Zuwendungen und Zuschüsse finanziert. " (Siehe Seite 25 Haushaltsentwurf)

Nunmehr ist unser Eigenkapital voraussichtlich bis 2014 vollständig aufgebraucht.

Aus diesem Grund ist es Übach-Palenberg untersagt, neue Kreditaufnahmen zu tätigen und jede neue Investition muss durch Einzelantrag bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden.

Ohne Vormund läuft in unserer Stadt seit diesem Jahr nichts mehr!

Dies entspricht einem Offenbarungseid!

"Die Investitionen in der Vergangenheit haben immense Folgekosten produziert, Folgekosten, die der Stadt heute zum Verhängnis reichen." (Zitat Bürgermeister W. Jungnitsch bei seiner diesjährigen Haushaltseinbringung)

Heute ist Übach-Palenberg das **Armenhaus** im Kreis Heinsberg.

Ohne brachiale Gegensteuerung werden wir uns zu den bisher nur acht Kommunen in NRW gesellen, die überschuldet sind.

Tolle Aussichten!

Warum steht Übach-Palenberg so viel schlechter da, als andere Kommunen?

Ursache Nr. 1

Immer mehr Aufgaben werden den Kommunen durch den Bund (in der Verantwortung von CDU und FDP) und durch das Land (in der Verantwortung von SPD und Grünen) aufoktroziert.

Nicht ausreichende Bundesbeteiligungen an kommunalen Soziallasten und zu geringe Dotierung des Landes beim kommunalen Finanzausgleich sind zu beklagen.

Ursache Nr. 2

Übach-Palenberg gehört zu den sozialschwachen Kommunen im Kreis Heinsberg.

Ursache Nr. 3

Übach-Palenberg hat in den letzten zwei Jahrzehnten auf zu großem Fuße gelebt, das heißt Investitionen wurden nicht durch Eigenkapital finanziert, sondern durch Kredite --- also auf Pump.

Ursache Nr. 1 und 2 sind ein allgemeines strukturelles Problem, Ursache Nr. 3 ist der **45 jährigen SPD Regentschaft** zu verdanken.

Nur durch ein nachhaltiges Gegensteuern werden wir unsere kommunale Finanzautonomie zurückgewinnen können.

Die Lösung liegt im parteiübergreifenden Handeln!

Kein leichter und auch kein kurzer Weg!
Unsere Bürger müssen auf diesem Weg mitgenommen werden.

Weniger Aufgaben,
weniger Ausgaben,
mehr Einnahmen.

Durch Lohnerhöhungen, steigende Energiekosten und Zinserhöhungen werden weitere Belastungen auf uns zukommen.

Erfreulich ist, dass die Forderung der UWG erfüllt wurde, den Verwaltungsapparat zu verschlanken und freiwerdende Stellen durch Umstrukturierung zu kompensieren und dadurch die Stelle des technischen Beigeordneten zu streichen.

Erfreulich ist, dass der Schuldenberg um 2,5 Millionen € abgetragen wurde.

Erfreulich ist auch, dass Einnahmeverbesserungen durch Steuern und Gebühren erzielt werden konnten.

Nur leider, das Ziel ist noch lange nicht erreicht.

Ein solides und eigenverantwortliches Wirtschaften in der Vergangenheit hätte verhindert, dass wir unsere Handlungsfreiheit verloren haben. Als die Gewerbesteuer noch floss, wurde versäumt, Schuldentilgung vorzunehmen. Aus wahltaktischen Gründen wurden jegliche Forderungen erfüllt. Der dadurch entstandene Schuldendienst vereitelt jetzt nötige Investitionen zum Beispiel in Schulsanierungen und Straßenbaumaßnahmen. Es reicht nur noch, im wahrsten Sinne des Wortes, zum Löcher stopfen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Umsetzung vieler Euregionale 2008 Projekte **gegen die Einwände der UWG** erfolgte.

Klangbrücke 1,2 Millionen €, Wasserturmbeleuchtung 60 000.00 €, Bronze Schildkröten 40 000.00 €, Römerfest 114 000.00 €

Auch 20% Eigenanteil sind kein Pappenstiel!
Nebenbei bemerkt, die Klangbrücke wartet seit Jahren auf ihre Eröffnung.

**Welche zu erwartende Bereicherung für Übach-Palenberg!
Welche Stadtentwicklungs-Ästhetik!**

Die Sanierung des Hallenbades mit 4,5 Millionen € und die Sanierung des Freibades mit 2,5 Millionen € hat uns dem finanziellen Ruin ein Stückchen näher gebracht.

5000 Unterschriften setzten die Bedenken über die finanzielle Problematik bei den meisten Stadtverordneten außer Kraft. 5000 Unterschriften - 5000 mögliche Wählerstimmen. Tatsache ist, neben 7.000 000.00 € Umbaukosten schleppen wir zusätzlich ein jährliches Defizit von ca. 1,4 Millionen und in 10 Jahren von 14 Millionen mit uns.

Für uns als UWG ist es unverständlich, wie die SPD / Grünen da die Eintrittspreiserhöhung kritisieren. Ist es gerecht, wenn 25tausend Einwohner von Übach-Palenberg durch Steuererhöhungen für den Unterhalt des Bades zur Kasse gebeten werden? Bestimmt nicht.

Auf Vorschlag der Verwaltung liegt uns heute die Haushaltssatzung für 2011 und die Planung bis 2014 vor.
Die investiven Maßnahmen sind auf ein von der UWG mitgetragenes Minimum geschrumpft.

Die UWG ist froh, heute und hier vor engagierten Lehrern und besorgten Eltern Einiges klarzustellen. Richtig ist, allen hier im Ratssaal Anwesenden liegen die Belange unserer 10 Schulen und ihrer Schüler bzw. Schülerinnen gleichermaßen am Herzen.

Es ist geradezu eine Unverschämtheit von Seiten der SPD, die Situation so darzustellen, als ob sie die einzige Schutzpatronin für die Schulen wäre.

Falschspiel mit gezinkten Karten nenne ich es, wenn die SPD im zurückliegenden Wahlkampf plakatierte:

Unsere Schulen sind erste Klasse!

Das kann sich lediglich auf die pädagogische Arbeit, nicht aber auf die bauliche Ausstattung beziehen. Denn, obwohl über die letzten Jahre Millionen in die Schulsanierung gesteckt wurden, sitzen wir noch immer auf einem Sanierungsstau

von ca. 8 Millionen €.

Hätten Sie, verehrte Genossen, in den 45 Jahren Ihrer Regentschaft verantwortungsvoll mit unseren Geldern gewirtschaftet, wäre unsere Entscheidungsmöglichkeit in der jetzigen Situation nicht auf 60 € begrenzt.

Es ist skandalös, wie hier eine Bürgerverhetzung inszeniert wird, in dem den Betroffenen suggeriert wird, nur die SPD setze sich für die Schulbelange ein.

Zur Erinnerung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Übach-Palenberg droht die Überschuldung, Überschuldung ist die dramatische Fehlentwicklung eines Haushaltes und ist somit gesetzlich verboten!

Übach-Palenberg hat kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept!

Jede einzelne investive Maßnahme ab 60,00 € muss von den Schulen begründet werden, wird vom Schulträger geprüft und muss von der Kommunalaufsicht des Kreises Heinsberg genehmigt werden. Dabei muss der Nachweis erbracht werden, dass die Beschaffung notwendig und unaufschiebbar ist.

Unberücksichtigt bleibt dabei, was im Haushaltsentwurf vorgeschlagen wird, ob 50 % oder 0 % Kürzung. Leider!

Der Schulträger kann die Anträge lediglich wohlwollend unterstützen, mehr Einfluss hat er nicht.

Wohlgemerkt: Wir wollen nicht **an** den Schulen sparen, aber in der derzeitigen Finanznot gilt es **mit** den Schulen zu sparen.

Da sollte es für jeden Schulleiter und jede Schulleiterin selbstverständlich sein, dass er oder sie in der Lage ist, dem Schulträger Rede und Antwort zu

stehen, **für welche wichtigen und für die weitere Unterrichtsgestaltung unaufschiebbaren Beschaffungen, welche Mittel in den kommenden Monaten und Jahren benötigt werden.**

Wir appellieren deshalb nachdrücklich an alle Eltern, Lehrer, Schulleiter und Schüler:

Zeigen Sie uns unabweisbare und unaufschiebbare Beschaffungsnotwendigkeiten auf, und wir werden alles daran setzen, die erforderlichen Mittel auch in den kommenden Jahren bereitzustellen.

Die UWG hat in den letzten Monaten viele Anträge eingebracht, um die finanzielle Situation zu entschärfen.

16.12.2009

Antrag der UWG Patenschaften für bestehende Kreisverkehre zu vergeben

01.07.2010

Prüfauftrag zum Verkauf der alten Schule am Marktplatz und von Schloss Zweibrücken

05.12.2010

Antrag der UWG zur Bürgerbeteiligung im Rahmen der zukünftigen Haushaltsaufstellung.

11.01.2011

Gemeinsamer Antrag der Koalition aus CDU, UWG, FDP, zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf stadteigenen Dachflächen unter Berücksichtigung eines Bürgerfonds.

An dieser Stelle möchte ich die Verwaltung um schnellstmögliche Bearbeitung bitten.

Schon heute muss Folgendes ausgesprochen werden:

Unter dem Druck der finanziellen Lage unserer Stadt, sind weitere unpopuläre Entscheidungen und Maßnahmen die zwangsläufige Folge, für die Zukunft unserer Stadt.

Alle Planungen von Ausgaben müssen ständig überprüft werden, Sparsamkeit bleibt die zwingende Notwendigkeit in den folgenden Jahren. Die nächste Generation wird es uns danken.

Wir werden in der nächsten Zeit viel Gegenwind haben, lassen wir uns nicht umwehen.

Die UWG stimmt dem Haushaltsentwurf zu, auch wenn viele Maßnahmen für den einen oder anderen schmerzhaft sind.

Eine letzte Bemerkung:

Wenn man über Jahre in zu großen Schuhen tanzt, muss man sich nicht wundern, wenn man zum Schluss zum Gehen einen Stock benötigt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit“

Stadtverordnete **Appelrath** führte aus:

" Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

selten hatten wir so zahlreiche und vor allem auch so viele, jugendliche Zuhörer bei einer Verabschiedung des Haushaltes. Sie wissen, was hier und heute entschieden wird, geht auch ganz massiv die Ausstattungssituation und damit die Arbeitsbedingungen in Ihrer Schule an.

Durch Euren Aufschrei sind die von der Regierungsmehrheit und der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen im schulischen Bereich teilweise zurückgenommen worden.

Wir in der Opposition, möchten in einem gemeinsamen Vorschlag mit der SPD sogar noch einen Schritt weitergehen und die unter rot-grün geltende Investitionspauschale wieder einführen, um dort wo im schulischen Bereich noch gravierende Mängel herrschen, diese beseitigen zu können.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt knapp 1 ½ Jahre her, dass man uns in die Opposition verwiesen hat – ein Zeitpunkt, um auch mal selbstkritisch die vergangenen 10 Jahre unter Rot/Grün in denen wir hier in der Stadt die politische Verantwortung trugen – zu reflektieren.

Das Projekt „Klangbrücke“, so wie es sich heute darstellt und uns immer noch beschäftigt – war so sicherlich nicht gedacht. Auch wenn dieses im Rahmen der „Euregionalen“ gefördert wurde, so waren doch von Seiten unserer Stadt Eigenmittel von gut 300.00 Euro aufzuwenden. Nichtsdestotrotz wurde auch dieses Projekt von der breiten Mehrheit – auch der CDU - seinerzeit im Rat getragen.

Unser Hallen-/Freibad, das uns nicht nur lieb sondern auch teuer ist, wurde mit einer Unterschriftenaktion vieler Mitbürger angeregt zu sanieren. Auch diese Maßnahmen in einer Gesamthöhe von gut 6 Mio. € wurden von einer großen Mehrheit im Rat getragen. Leider konnten wir uns hier mit unserem Vorschlag eines zukunftsweisenden naturnahen Ausbaus nicht gegen die SPD sowie CDU durchsetzen. Ich denke, dann lägen wir heute mit unseren Energiekosten niedriger.

Wenn dann heute in Zeiten knappster Kassen gerne von unserer Regierungsbank, der CDU und UWG darauf verwiesen wird, dass die Ursache dieser Missstände in den letzten 10 Jahren Rot/Grün begründet liegen, so möchte ich doch Sie – Herr Gudduschat - bitten, mir einmal 3 ganz konkrete Punkte an rot-grünen Investitionen und Ausgaben gegen die sie gestimmt haben zu benennen, so dass sich unsere Haushaltssituation heute signifikant besser darstellen würde, wenn wir ihrer Empfehlung gefolgt wären. Ich nehme es vorweg – sie werden sie nicht benennen können.

Auch sind wir in diesen 10 gemeinsamen rot/grünen Jahren hingegangen und haben den Verwaltungsvorschlag zum Haushalt immer noch nach möglichen Einsparungen durchforstet. Wir haben auch immer noch Ansatzpunkte gefunden, so dass wir jedes Jahr rund 500.000 € einsparen konnten. Da muss ich Sie (CDU und UWG) mal fragen, wo wir hier heute Ihre Einsparungen sehen? Dies frage ich auch die UWG, die sich in den vergangenen Jahren immer gerne als Sparkommissar geriert hat.

An der Tradition den Verwaltungsvorschlag kritisch zu beleuchten und weitere Einsparungen zu suchen halten wir auch in der Opposition fest und sagen daher heute ganz konkret: wir brauchen keine Öffnung der Aachener Str (200.000 €).

Ebenso sind wir für die Streichung des Parkdecks Friedrich-Ebert Str. (475.000).

Das sind Maßnahmen, auf die wir Einfluss nehmen können.

Was wir nicht beeinflussen können, sind die Schlüsselzuweisungen von Kreis und Land, ebenso wie die Kreisumlage. Dabei kann man verallgemeinernd sagen, dass die Zuweisungen, die wir erhalten, immer geringer werden – während die abzuführenden Umlagen immer höher werden. Dabei sind wir im Jahr 2011 noch eine der wenigen Kommunen im Kreis Heinsberg, die durch die Neuberechnung des Gemeindefinanzierungsgesetz unter Berücksichtigung unserer hohen Soziallasten 1 Mio. € mehr erhalten als sie sonst bei der alten Berechnungsweise erhalten hätten. Herr Gudduschat, mit der letztes im Rat vorgelegten Resolution hätten Sie unserer Stadt einen Bändendienst erwiesen – ich denke, das ist Ihnen mittlerweile auch klar.

So sehen wir auch den von der CDU eingebrachten Antrag „Photovoltaik auf städt. Flächen in Form eines Bürgerfonds“ als reines Lippenbekenntnis. Bereits im Jahr 2009 haben wir die Verwaltung beauftragt, sämtliche öffentliche (Dach-)Flächen zwecks Errichtung von Photovoltaikanlagen aufzulisten und zu bewerten. Dies führte im Sept. 2009 zur Errichtung einer 29kWp Anlage von knapp 140.000 Euro auf dem Schrägdach des Schulzentrums. Die Anlage ging noch 2009 ans Netz und für das abgelaufene Jahr 2010 konnten wir Erlöse von 12.000 € verbuchen. Ein schönes Beispiel in dem Ökologie mit Ökonomie Hand in Hand geht. Warum sollen auch in Zukunft nicht wir als Stadt Gewinne hieraus erzielen, sondern Privatinvestoren als Dritten die Profite überlassen.

Wo wir Bündnisgrünen auch im heute vorliegenden Haushaltsentwurf Einsparpotential sehen, ist die Streichung der A15-Stelle. Da wurde uns die Nichtwiederwahl des technischen Beigeordneten mit Einsparungsmaßnah-

men begründet um nur knapp ein halbes Jahr später diese doch wieder zu besetzen und im Zusammenhang mit den zu zahlenden Pensionsmittel jeglichen Spareffekt zu vernichten. Ebenfalls ist von Ihnen bisher kein Wort darüber verloren worden, warum in der Verwaltung nun plötzlich auch sechs weitere Stellen nötig sind. Auf unsere Anfrage, was mit den sechs MitarbeiterInnen geschieht, die nicht weiter beim Jobcenter arbeiten wollen, sind Sie, meine Damen und Herren der CDU und UWG bisher jegliche Antwort schuldig geblieben. Sie akzeptieren einen Kommentar der Verwaltung „die werden benötigt“ ohne jegliche politische Diskussion und nehmen erhebliche Mehrkosten in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro einfach in Kauf.

Gerne wird seitens des Bürgermeisters auch immer auf die negative Darstellungsweise des „Neuen kommunalen Finanzmanagements“ verwiesen. Dabei sollte man dieses eher als Möglichkeit der Konsolidierung der Haushalte betrachten, da so die gesamte Finanzsituation ehrlich und auch generationengerecht abgebildet wird. Natürlich könnte man jetzt wieder hingehen und Abschreibungszeiten verlängern und den Eigenkapitalverbrauch anders berechnen, aber dies hilft lediglich für eine Umgehung des Nothaushalts und dient in keinsten Weise einer ehrlichen Konsolidierung, die CDU und UWG im Wahlkampf angekündigt haben. Aus diesem Grund gehe ich auch davon aus, dass sich CDU und UWG nicht an dieser Strategie des Schönrechnens beteiligen.

Mit den gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und Grünen entlasten wir diesen und zukünftige Haushalte um mehr als 800.000,-€ - wir hoffen, dass unsere Vorschläge die entsprechende Mehrheiten heute finden.

Wie sagte schon Heinrich Böll

„Das Sparen muss von oben nach unten gehen“ Meine Damen und Herren von CDU und UWG, hier bietet sich Ihnen nun die Möglichkeit!"

Stadtverordneter **Dr. Tuchtenhagen** führte aus:

" Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

als Vertreter der Liberalen im Rat der Stadt Übach-Palenberg will ich mich heute wieder, wie Sie es von mir gewohnt sind, recht kurz fassen und nicht lange über Zahlen des Haushaltes reden, die ohnehin leider nicht mehr all zu viel Relevanz haben werden.

Warum sage ich das?

Weil wir heute wohl einstimmig einen Haushalt verabschieden werden, der nach meiner Einschätzung im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht genehmigungsfähig ist und somit auch nie umgesetzt werden wird!

D.h. Debatten über Gelder zur Öffnung der Aachener Straße, die wir Liberalen für dringlicher den je halten, eigentlich sogar schon zu spät angesichts der neuerlichen Geschäftsaufgaben einiger Einzelhändler bzw. Restaurationsbetrieben, sind angesichts leerer Kassen leider nur noch eine Farce.

Ebenso leider auch die Rücknahme bzw. Verminderung der Kürzungen im Schulhaushalt, für die die Bürger unserer Stadt mit viel Engagement gekämpft haben und für die unsere Bürger sogar auf die Straße gegangen sind.

Hierzu werden nun wohl von Anderen als den gewählten Vertretern der Bürgerschaft, nämlich der Kommunalaufsicht und vielleicht sogar von Richtern des Verwaltungsgerichtes doch noch gegen den Mehrheitswillen aller Bürger, insbesondere aller Schüler und deren Eltern, sowie den gewählten Vertretern nämlich den Ratsmitgliedern, unpopuläre und ungewünschte Kürzungsentscheidungen durchgesetzt werden.

Ich hoffe das ich nicht Recht behalte, aber ich fürchte gleichwohl dass es so ist!

Meine Damen Herren, hier endet aus meiner persönlichen Sicht demokratisches, erst recht liberales Handeln, wenngleich auch dieses Vorgehen den Gesetzen unseres Landes entspricht!

Das Haushaltssicherungskonzept, insbesondere eine Nothaushaltsführung läuft letztendlich auf ein undemokratisches, ja sogar planwirtschaftliches Haushalten hinaus.

Ob das letztendlich zu einer Konsolidierung unserer angespannten Haushaltslage führen wird sei dahingestellt. Aber ich gebe in diesem Zusammenhang folgendes zu bedenken:

Für die Ergebnisse planwirtschaftlicher Haushaltsführung, wenn auch in anderem Maßstab

-meine Damen und Herren, hier gestatten Sie mir bitte den Vergleich- zahlen wir alle heute noch den sog. Solidaritätszuschlag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!"

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, es gebe in Bezug auf die Haushaltreden 3 Klarstellungen seitens der Verwaltung:

Zum einen entspreche der vorliegende Haushaltsentwurf dem NKF. Weiterhin widerspreche er dem Vorwurf des fahrlässigen Handelns seitens seiner Person und der Verwaltung. Und in der Personalangelegenheit Jobcenter gebe er das Wort an Stadtoberverwaltungsrat Waliczek.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass die Aussage der Stadtverordneten Appelrath massiv gegen bestehende Arbeitnehmerrechte verstoße. Grundsätzlich habe man allen Mitarbeitern, die von der Stadtverwaltung dem Jobcenter zugewiesen worden seien, angeboten, zum Kreis zu wechseln.

Dieses Angebot sei aber von allen abgelehnt worden. Zum Zeitpunkt der Zuweisung in die ARGE, jetzt Jobcenter, erfolgte die Zustimmung der Mitarbeiter unter dem Vorbehalt, dass die Zuweisung auf 5 Jahre begrenzt werde und danach ein Anspruch bestehe, in die Stadtverwaltung zurückzukehren. Würde man also diese Mitarbeiter nicht wieder bei der Stadtverwaltung einsetzen, würde man gegen diese Zusicherung verstoßen.

Lediglich die Mitarbeiter, die konkret für die ARGE bzw. das Jobcenter eingestellt worden seien, haben keinen Anspruch auf Übernahme in die Stadtverwaltung. Diesen Mitarbeitern wurde jedoch eine Einstellung beim Kreis Heinsberg angeboten und alle haben dieses Angebot auch angenommen. Die Stellen, die damals durch die Zuweisung in die ARGE bzw. ins Jobcenter in der Verwaltung frei wurden, wurden nicht neu besetzt, so dass man nun bei der Rückkehr der zugewiesenen Mitarbeiter nicht von zusätzlichen Stellen sprechen könne.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er wolle nochmals darauf hinweisen, dass in Zeiten von Rot/Grün die CDU in den meisten Fällen nicht gegen die Beschlüsse gestimmt habe. Die UWG, dies sei korrekt, habe sich damals gegen die Klangbrücke ausgesprochen, aber nicht gegen das Schwimmbad. Hier habe man nur ein kleineres als das heutige haben wollen. CDU und UWG können sich also nicht so einfach aus der Verantwortung ziehen. Stadtverordnete Weinhold habe sich positiv über die Anregung der UWG betreffend Sponsoring der Kreisverkehre geäußert. Tatsächlich sei hieraus aber nichts geworden. Ebenso sei nichts aus dem Vorschlag Verkauf Schloss Zweibrüggen und Schwimmbad geworden. Der Vorschlag der Bürgerbeteiligung am Haushalt wurde vertagt und somit wichtige Entscheidungen ohne den Bürger getroffen. Den Vorschlag in Sachen Photovoltaik wolle sich die Koalition nun auf die eigene Fahne schreiben, dabei sei dies damals bereits längst von Bündnis 90/Die Grünen thematisiert worden. An die CDU habe er die Frage, wann sie den Resolutionsantrag zurückziehen werde.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, es sei von Seiten der SPD von Phantazahlen in Bezug auf die Öffnung der Aachener Straße die Rede gewesen. Hier wolle er allerdings auf die Berechnungsgrundlagen, die allen vorliegen müssten, und die dort genannten Zahlen verweisen. Gerne werde er diese Unterlagen auch noch einmal zur Verfügung stellen.

In Bezug auf die künftigen Haushalte sei für die Verwaltung folgende Maxime angedacht: in den jeweiligen Haushalten werden nur noch die Zahlen zu sehen sein, bei denen die Maßnahmen auch tatsächlich im betreffenden Haushaltsjahr umgesetzt werden können. In der Vergangenheit seien eine Menge Dinge beschlossen worden, die bis heute nicht umgesetzt worden seien. Entsprechend der Wahrheit und Klarheit soll zukünftig eindeutig dargestellt werden, was in einem Jahr tatsächlich umgesetzt wurde.

Stadtverordneter **Bien** erklärte, er wolle sein Missfallen darüber zum Ausdruck bringen, dass Stadtverordneter Weißborn dem Bürgermeister "grobe Fahrlässigkeit" und "Dummheit" vorwerfe. Dies sei kein Benehmen und er wolle zur Sachlichkeit aufrufen.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, Stadtverordneter Bien spreche von Sachlichkeit. Wie aber solle man zum Beispiel das Einbringen des Resolutionsantrages nennen?

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er stimme Stadtverordneten Bien zu. Auch er halte das hier gezeigte Verhalten für unverschämt. Den Resolutionsantrag habe die CDU bereits in der letzten Ratssitzung zurückgezogen. Dort habe man den Antrag von der Tagesordnung abgesetzt.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dies sei so nicht korrekt. Der Antrag sei lediglich zurückgestellt worden.

Stadtverordnete **Appelrath** verlas den entsprechenden Auszug aus dem Protokoll.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, lies **Bürgermeister Jungnitsch** zunächst über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen zum Haushaltsentwurf 2011 und über die einzelnen Anträge zum Haushalt abstimmen:

I. Begleitbeschlüsse zum Haushalt:

1.) Änderungsvorschlag der Verwaltung:

- a) Die Ansätze für investive Beschaffungen von Schulen im Rahmen der Schulbudgets (Pos. 44 - 53 der Aufstellung der teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen) werden für die Jahre 2012 – 2014 wieder auf die Berechnungsgrundlage des Jahres 2010 angehoben. Zusätzlich werden ab 2012 auf die Berechnungsgrundlagen jeweils ein Prozent pro Jahr im Vergleich zum Vorjahr lt. Orientierungsdaten des Innenministers für die Haushaltsplanungen aufgeschlagen. Verringerungen der Budgethöhen ergeben sich somit ausschließlich aufgrund der prognostizierten Verringerungen der Schülerzahlen aus der zugrundegelegten kreisweiten Schulentwicklungsplanung.

Als Deckung für die Mehrbeträge wird die Maßnahme „Straßenneubau Röchlingstraße und Friedrichstraße“ (Pos. 74 der Aufstellung der teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen) um einen Betrag von 26.500 Euro in das Jahr 2013 verschoben,

da aufgrund der vorher durchzuführenden Kanalmaßnahme mit einer Verschiebung über den Jahreswechsel hinaus gerechnet werden kann. Des Weiteren wird die Maßnahme „Bau eines Parkdecks an der Friedrich-Ebert-Straße“ (Pos. 82 der Aufstellung der teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen) um einen Betrag von 75.000 Euro in das Jahr 2014 verschoben.

- b) Die Inneren Verrechnungen werden auch für den mittelfristigen Planungszeitraum 2012 - 2014 berechnet und entsprechend in den Haushalt eingestellt. Der Gesamtergebnisplan wird hierdurch nicht verändert. Die Inneren Verrechnungen ergeben im Saldo aus Erträgen und Aufwendungen Null und sollen der verursachungsgerechten Darstellung der Produkte dienen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2.) Änderungsvorschlag der Verwaltung:

Die Ansätze für investive Beschaffungen von Schulen im Rahmen der Schulbudgets (Pos. 44 - 53 der Aufstellung der teil- und unrentierlichen Investitionsmaßnahmen) werden ebenfalls für das Jahr 2011 wieder auf die Berechnungsgrundlage des Jahres 2010 angehoben. Eventuelle Verringerungen der Budgethöhen ergeben sich somit ausschließlich aufgrund von Verringerungen der Schülerzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3.) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Instandhaltungspauschale von 300.000 Euro jährlich für Renovierungsmaßnahmen an Schulen wird wieder eingesetzt. Damit sind nicht die, im Haushalt enthaltenen 550.000 Euro gemeint, die überwiegend für Brandschutz und energetische Maßnahmen vorgesehen sind. Hierbei geht es, wie in 2009 bereits einstimmig beschlossen, um Renovierungen, die in enger Absprache mit den Schulen durchzuführen sind. Diese Summe soll ausdrücklich nicht in Brandschutz und energetische Maßnahmen gehen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen

1 Enthaltung
16 Nein-Stimmen

4.) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ersatzloses Streichen des Ansatzes für die Öffnung der Aachener Straße 200.000 €.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
16 Nein-Stimmen

5.) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ersatzloses Streichen des Ansatzes für das Parkdeck in Übach 475.000 €.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
1 Enthaltung
16 Nein-Stimmen

6.) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Kürzung des Ansatzes für die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder durch Reduzierung der Anzahl der Ausschüsse auf ein dringend notwendiges Maß, Einspareffekt rd. 10.000 € / Jahr.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen

7.) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Streichung der Ansätze für den Ausbau von Wirtschaftswegen. Neumerbergen 88.000 €, Birgder Hof 49.700 €, Ausbau von Wirtschaftswegen allgemein je Jahr 20.000 € /ges. 80.000 €.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen

8.) Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Erneuter Ansatz für die Errichtung einer Unterstellmöglichkeit an der Bushaltestelle in Marienberg, Schulstraße in Höhe von 10.000 €.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen

II. Beschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2011

Unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 wird wie folgt beschlossen:

Im Ergebnisplan mit

- Gesamtbetrag der Erträge	48.016.538 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen	55.454.889 €

im Finanzplan mit

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	42.685.231 €
---	--------------

- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	46.686.537 €
---	--------------

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	2.578.973 €
--	-------------

- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	3.684.970 €
--	-------------

Gesamtbetrag der Kredite	894.000 €
--------------------------	-----------

Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	401.911 €
---	-----------

Verringerung der allgemeinen Rücklage	7.438.351 €
---------------------------------------	-------------

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung	12.000.000 €
---	--------------

Ein Haushaltssicherungskonzept ist aufgestellt.

Steuersätze

Grundsteuer A240 v.H.

Grundsteuer B400 v.H.

Gewerbsteuer 409 v.H.

Abstimmungsergebnis:

12 Nein-Stimmen

16 Ja-Stimmen

Bürgermeister Jungnitsch setzte eine Pause von 5 Minuten an.

7. Festlegung der investiven Maßnahmen 2011 (Dringlichkeitsliste)

Beschluss:

Der vorgelegten Dringlichkeitsliste wird zugestimmt (die Liste ist als Anlage der Niederschrift beigelegt).

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen

3. Benefizkonzert mit dem Heeresmusikkorps 300 (Koblenz)

Stadtverordneter **Walther** teilte mit, dass der vorliegenden Beschlussempfehlung im Ausschuss für Kultur und internationale Begegnungen einstimmig zugestimmt worden sei.

Beschluss:

Der Verpflichtung des Heeresmusikkorps 300 (Koblenz) im Rahmen eines Benefizkonzertes am Donnerstag, dem 20.10.2011 wird zugestimmt.

Im Vorgriff auf den Haushalt 2011 wird beschlossen, die entsprechenden Finanzmittel für diese Veranstaltung bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. **Abgrabungsantrag der Fa. Davids, Geilenkirchen, vom 17.08.2010, "Frelenberg IV, Restabbau"**
hier Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion habe bereits in der Haupt- und Finanzausschusssitzung zugestimmt. Zwischenzeitlich habe auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden Weißborn der Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing in der Angelegenheit getagt. Hier habe es keine neuen Erkenntnisse gegeben, so dass die CDU-Fraktion auch heute für die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen werde.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, mit "auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden" habe dies nichts zu tun. Hier gehe es um die Einhaltung der Zuständigkeitsordnung.

Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing sei mehrheitlich für die vorliegende Beschlussempfehlung gestimmt worden. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis90/Die Grünen haben dagegen gestimmt. Und zwar, weil die Abgrabung des Weges dazu führe, dass eine weitere Abgrabung ermöglicht werde und die könne eine Verlängerung des gesamten Abgrabungsvorhabens für die Bürger bedeuten.

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, es sollte erwähnt werden, dass dieses Teilstück, um das es heute gehe, bereits damals in der Einwohnerversammlung besprochen worden sei. Die Anwohner haben sich dafür entschieden, dass die Abgrabung so schnell wie möglich durchgezogen werden solle.

Sie frage sich auch, warum sich die SPD-Fraktion nicht bereits 1995 dagegengestellt habe. Zu diesem Zeitpunkt habe man bereits schon soweit zugestimmt, dass, wenn es so weit komme, es keine Möglichkeit mehr gebe, es zu verhindern. Man möge doch bitte bei der Wahrheit bleiben.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass sie aufgrund der Darstellungen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing bedenken habe, dass es zu Verzögerungen der Abgrabungszeiten kommen werde.

Dezernent **Gatzen** erklärte, natürlich sei es die oberste Aufgabe, für das Wohl der Bürger zu sorgen. Deswegen sei es wichtig, dass sich das Abgrabungsvorhaben nach rechtlichen Vorgaben richte. Die Verwaltung habe geprüft, dass diese rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Der Kreis Heinsberg sei die zuständige Genehmigungsbehörde.

In der vorliegenden Beschlussempfehlung habe man bewusst noch einmal aufgenommen, dass die Stadt Übach-Palenberg den Kreis Heinsberg als Genehmigungsbehörde ausdrücklich bitte, darauf zu achten, dass die im Antrag aufgezeigten Emissionen (Lärm, Staub) zum Schutz der Bevölkerung ausreichend minimiert und nach Genehmigung die Einhaltung der erlaubten Emissionswerte regelmäßig kontrolliert werden.

Zudem habe er beim Kreis nachgefragt, ob dort Beschwerden vorliegen. Dies sei nicht der Fall.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, er habe die rechtliche Bewertung auch nicht angezweifelt. Aber jetzt gehe es darum, ob man diese Abgrabung wolle. Und die SPD-Fraktion wolle sie nicht.

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen zum Abgrabungsantrag der Fa. Davids, „Frelenberg IV, Restabbau“ wird erteilt.

Die Stadt Übach-Palenberg bittet den Kreis Heinsberg als Genehmigungsbehörde ausdrücklich, darauf zu achten, dass die im Antrag aufgeführten Emissionen (Lärm, Staub) zum Schutz der Bevölkerung ausreichend minimiert und nach Genehmigung die Einhaltung der erlaubten Emissionswerte regelmäßig kontrolliert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

9. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch verwies auf die Worte des Stadtverordneten Weißborn in Bezug auf die Katastrophe in Japan. Dem gesagten könne er nur beipflichten. Dennoch oder gerade deswegen müsse man sich Gedanken darüber machen, was hier in der Region geschehe. Er habe mit Bürgermeister von den Driesch verabredet, dass man in der Städteregion Aachen und im Kreis Heinsberg eine Initiative starten wolle. Und zwar wolle man eine vollständige Aufklärung darüber, welche Auswirkungen ein GAU in Belgien für unsere Region haben könnte. In der Presse gebe es hierzu sehr widersprüchliche Aussagen.

Morgen wolle er hierzu den Landrat anschreiben mit der Bitte, diese Angelegenheit zu thematisieren.

Stadtverordneter **Fibus** erklärte, wer sich mit dem Thema befasst habe, wisse, was ein GAU in Belgien auch für die hiesige Region bedeuten würde. Eine Technik, die nicht beherrschbar sei, dürfe nicht weitergeführt werden. Seiner Meinung nach müssten sämtliche Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Dies sei seiner Meinung nach möglich, ohne dass, bezogen auf Deutschland, auch nur eine Lampe ausgehen würde.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch wies auf die Eröffnung des Fitnessstudios Fitness4U am 9. April hin. Er teilte mit, dass zu dieser Eröffnung alle Stadtverordneten eingeladen worden seien.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass in Bezug auf die Dichtheitsprüfung derzeit bereits einige Firmen in der Stadt unterwegs seien, die den Leuten, teilweise auf sehr unseriöse Weise, etwas verkaufen wollen. Hier könne man den Bürgern nur raten, die Finger davon zu lassen. Er bitte die Stadtverordneten hier mit der Verwaltung zusammenzuarbeiten und den Bürgern von solchen Vertragsabschlüssen abzuraten. Er habe bereits auch die Presse gebeten, hierüber zu berichten.

Stadtverordnete **Gillen** bat, die Satzung in Bezug auf die Dichtheitsprüfung allen Stadtverordneten in Papierform zukommen zu lassen (die Satzung ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Stadtverordnete **Piez** erklärte, sie könne die Aussage von Herrn Gatzen bestätigen. Sie sei bereits schon von Bürgern angesprochen worden. Sie halte es für sehr sinnvoll, wenn es hierzu eine Presseinformation geben würde. Vielleicht seien die bisherigen Informationen nicht bei allen Bürgern angekommen. Sie bitte daher, für die Bürger weiter Informationen zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 20.16 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.20 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin